

Leitartikel

Italienische Schmierkomödie

Italiens Regierungschef Enrico Letta hatte im Machtpoker mit Silvio Berlusconi die besseren Karten. Er setzte sich in der gestrigen Vertrauensabstimmung klar durch, der Ex-Premier gab klein bei. Doch weitere Schlachten stehen bevor.

Von Christian Jentsch

Vorhang auf: Italiens früherer Regierungschef, Lebeamann, Milliardär und Medienzar Silvio Berlusconi, der seit zwei Jahrzehnten Italiens Politik als seine Spielwiese betrachtet, lud wieder einmal zu einer Schmierkomödie auf Roms politischer Bühne. Rund fünf Monate nach der Angelobung der großen Koalition, in der Berlusconis Mitte-rechts-Partei Volk der Freiheit zur Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei von Regierungschef Enrico Letta verdonnert worden war, hatte der Cavaliere auch schon wieder genug. Gestern wollte er die Regierung Letta zu Fall bringen. Nach seiner rechtskräftigen Verurteilung wegen

Steuerbetrugs Anfang August kündigte er der Koalition die Gefolgschaft auf – auch weil er als Folge des Urteils seinen Senatsitz räumen soll. Das wollte sich Berlusconi nicht gefallen lassen. Er holte zum Gegenschlag aus und gab seinen fünf Ministern die Order, die Regierung zu verlassen. Italiens Ex-Premier, der bereits die Regierung Monti gestürzt und bei der folgenden Parlamentswahl groß abgeräumt hatte, sah sich wieder einmal auf der Gewinnerstraße. In der gestrigen Vertrauensabstimmung sollte Lettas letztes Stündchen schlagen. Doch es kam anders. Berlusconi stieß auf unerwartet großen Widerstand innerhalb seiner eigenen Partei. Über 20 Senatoren verweigerten ihm die Gefolgschaft,

auch seine rechte Hand, Vize-Regierungschef Angelino Alfano, wandte sich gegen ihn. Es drohte eine Revolte in Berlusconis eigenem Lager. Plötzlich stand nicht mehr Letta, sondern Berlusconi vor dem Aus. Dem Cavaliere blieb nur mehr die Rolle rückwärts. In letzter Minute rief er im Senat zur Unterstützung Lettas auf, der Sturz der Regierung war abgesagt. Der geschickte Taktiker Letta hat die gestrige Kraftprobe mit Berlusconi für sich entschieden. Doch die Schlacht mit dem politischen Überlebenskünstler, der bereits Ende November 2011 aus dem Amt gejagt und politisch für tot erklärt wurde, ist längst noch nicht entschieden. Berlusconi geht zwar – vor allem innerparteilich – geschwächt aus dem jüngsten Kräfte-

messen hervor. Doch Berlusconi will sich nicht geschlagen geben. Und hat immer noch zahlreiche Anhänger im Wahlvolk. Eines ist freilich klar: Die in gewaltige Schiefelage geratene drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone kann sich diese politischen Spielchen schlicht und einfach nicht leisten. Und Europa auch nicht. Berlusconi ist ein Hindernis für Italiens Zukunft.



Lesen Sie dazu mehr auf der Seite 9

christian.jentsch@tt.com

Gastkommentar

Eine Schule für alle Kinder

Von Ludwig Plangger

Seit 20 Jahren gibt es für Kinder mit Behinderung in Österreich ein Recht auf Integration. Die von Österreich 2008 ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung geht noch einen Schritt weiter und spricht von einem Recht auf Inklusion. Das bedeutet auch in der Bildung das selbstverständliche Zusammenleben aller Menschen, unabhängig von individuellen Merkmalen, und das Recht auf persönliche Entwicklung und soziale Teilhabe. Wohlgernekt, wir sprechen von Rechten und keinen Empfehlungen! Das derzeitige Bildungssystem lässt Ausgrenzung zu, um später die Betroffenen wieder mitsam in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Demgegenüber beschränkt sich die Idee der Inklusion nicht auf Teilbereiche, sondern wirkt gesamtgesellschaftlich. Damit alle Kinder künftig eine gemeinsame Schule besuchen können, braucht es grundlegend erneuerte Schulen, die sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder anpassen und jedem Kind die Unterstützung geben, die es braucht. Es ist ein Irrtum zu glauben, Kinder mit Behinderung würden den wenigen hochbegabten und vielen „chronisch normalen“ Kindern die Aufmerksamkeit der Lehrenden stehlen und das Leistungsniveau senken. In einer solchen Schule profitieren alle Kinder voneinander – weil jeder Mensch Stärken und jeder Schwächen hat. Diese kindgerechte

Schule wird es nicht von heute auf morgen geben, aber es wird Zeit, sich auf den Weg zu machen.

ludwig.plangger@mohi-tirol.at

Ludwig Plangger ist Geschäftsführer der MOHI Tirol gGmbH.



Karikatur

„Sondierungsphase“

Analyse

Warum Exoten zu Olympia gehören und warum Stars

Von Florian Madl

Die olympische Bewegung möchte die Anzahl seiner Medaillenbewerbe reduzieren, im Gegenzug aber möglichst die ganze Welt bei ihren Spielen begrüßen. Nur so ist es zu erklären, dass der traditionsreiche alpine Skirensport Fixpunkt im Programm bleibt, aber 60 Prozent der Startplätze an exotische Nationen gehen. Für Österreich, das mit den Olympiern seit Karl Schranz (Ausschluss 1972) schon so manchen Strauß ausgefochten hat, ein Affront: 15 Startplätze für das brettlaffine Land aus den Alpen, fünf für einen Exot aus den Anden (Chile). Warum? Durchaus möglich, dass dem Land die Lobby fehlt. Der Ringsport hatte diese, als zuletzt der Ausschluss der Mattenkämpfer bevorstand. Länder wie die Vereinigten Staaten könnten im Streitfall mit dem Rückzug ihrer NHL-Stars vom Eishockey-Bewerb drohen, Kanada

ebenso. Die Sponsoren würden das jedenfalls nicht goutieren. Und Deutschland ist zwar nicht mehr Papst, aber Olympia, seit der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees Thomas Bach heißt. Lobby genug, möchte man meinen. Doch wenn die Lobby nicht zu unterschätzen ist, darf sie auch nicht überbewertet werden. Olympische Spiele sind nämlich wohl vor allem eines: Kalkül. Aus allen Winter- und Sommersportarten soll der kleinste gemeinsame Nenner gefunden werden. Ein möglichst quotenträchtiger Sport, an dem die größte Zahl an Sportlern aus der größten Anzahl an Nationen teilnehmen kann. Österreich könnte 50 gute Skifahrer aufbieten, die allesamt schneller als der schnellste Chilene sind. Aber wäre das im Sinne der olympischen Idee? Denn wäre chilenisches Rodeo (Nationalsportart!) olympisch, würde das bei uns langfristig keinen interessieren. Olympische Spiele brauchen ihre Stars, aber Olympische Spiele brauchen auch ihre Exoten. Vier jamaikanische Bobfahrer und ein australischer Short-track-Athlet konnten ihren Sportarten zuletzt mehr Impulse verleihen als viele Köhner der Szene zusammen.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 27

florian.madl@tt.com



Kopf des Tages

Stronachs Frau für die erste Reihe

Kathrin Nachbaur (Klubobfrau im Team Stronach)

Sie war lange Zeit die Schattenfrau von Frank Stronach. Doch was sich schon knapp vor der Wahl abzeichnete, tritt nun ein. Kathrin Nachbaur wird die neue starke Frau im Team Stronach. Die 34-jährige Juristin, sie studierte zudem Englisch und Französisch, wurde von ihrem Förderer Frank Stronach nun auf den Posten der geschäftsführenden Parteioberfrau und künftigen Chefim im Stronach Parlamentsklub gehievt. Die leidenschaftliche Sportlerin – von Tennis bis zu Beach-Volleyball – stammt aus einem „freizeitliebenden-bürgerlichen Grazer Elternhaus“, wie sie es selbst betont. Als junge Studentin lernte sie durch ihren Vater den austrokanadischen Milliardär kennen. Zwei Jahre später, nach Ende ihres Studiums, holte sie Stronach zum Magna-Konzern. Sie übersiedelte nach Kanada, absolvierte dort eine konzerninterne Karriere und leitete verschiedene Projekte in der Innovationsabteilung und wurde schließlich Stronachs persönliche Assistentin. In dieser Funktion wurde sie auch Stronachs Ratgeberin für dessen politische Ambitionen. Nachbaur, die gerne Bücher von Paulo Coelho liest, gibt sich in persönlichen Gesprächen betont zurückhaltend und freundlich. Parteintern wird sie als sehr zielstrebig geschildert. Auf eine politische Erfahrung kann Nachbaur nicht zurückblicken. Kaum trat sie jetzt aus dem Schatten Stronachs heraus, wurde sie vom oberösterreichischen SPÖ-Chef Josef Ackel nach ihrem ersten Auftritt in der ZiB2 als „Tussi“ tituliert. Ackel entschuldigte sich später, doch Nachbaur weiß wohl jetzt, was künftig auf sie zukommt. Über ihr Privatleben will sie nichts preisgeben. „Schreiben Sie ledig. Ich glaube, so ist es korrekt.“ (misp)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 3



Frage des Tages (854 Teilnehmer)

In der Steiermark darf die Polizei bei Übertrötungen in Sachen Alkohol und Rauchen bald bei Jugendlichen noch an Ort und Stelle abkassieren. Ist das sinnvoll?

- 46% Ja – dann bekommen die Jugendlichen sofort einen Denkartzettel.
- 12% Nein – eine Anzeige bei der Bezirkshauptmannschaft ist besser.
- 42% Davon werden sich die meisten Jugendlichen nicht abhalten lassen.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com

